2018.SR.000130

Motion Fraktion SP/JUSO (Halua Pinto de Magalhães/Fuat Köçer, SP): Ganzjähriges Aktionsprogramm gegen Rassismus – Neuauflage der Aktionswoche gegen Rassismus zum zehnjährigen Jubiläum; Begründungsbericht Punkt 3 und 4

Der Stadtrat hat die vorliegende Motion mit SRB 2022-589 vom 24. November 2022 als Richtlinie erheblich erklärt und gleichzeitig die Punkte 1 und 2 der Motion abgeschrieben.

Rassistische Diskriminierung gehört in der Schweiz für immer mehr Menschen zur Alltagserfahrung. Trotzdem wird Rassismus insbesondere gegenüber schwarzen Menschen in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt. Das machen auch neuste Studien des Bundes deutlich. Dies steht im grossen Widerspruch zur Wahrnehmung der betroffenen Personen, denn selbst diejenigen, die sich nicht systematisch mit dem Thema befasst haben, verstehen aufgrund ihrer eigenen Erlebnis-se die Tragweite des Problems. Es gibt in der Schweiz nicht mehr oder weniger Rassismus als in anderen westlichen Ländern, aber es fehlt an der politischen Problematisierung. Rassismus wird meist als individuelle «Einstellung» und Ausnahmeerscheinung von «Extremisten» gedeutet. Da-bei wird ausgeblendet, dass Rassismus ein gesamtgesellschaftliches Phänomen ist, das auf eine bestimmte Weise Menschen in hierarchische Beziehungen zueinander setzt. Rassismus organisiert demnach die Gesellschaft entlang biologischer, ethnischer oder kultureller Gruppenzuschreibungen. Die dominante Fortschreibung rassistischer Verhältnisse des Kolonialismus und der Sklaverei führten beispielsweise dazu, dass schwarze Menschen afrikanischer Herkunft bis heute weltweit spezifisches Formen rassistischer Stereotype und strukturellen Diskriminierungen unterliegen.
Rassismus findet statt und wird aufrechterhalten, indem eine dominante Perspektive immer und immer wieder reproduziert wird. Eine rassismuskritische Perspektive hingegen, strebt einen Perspektivenwechsel an. Und gerade die Bewegungen der Migration der letzten Jahrzehnte haben zunehmend zu einer vielfältigen und mobilen Schweizer Gesellschaft geführt. Diese Entwicklung beinhaltet eine Pluralität an Perspektiven und eine gelebte Selbstverständlichkeit dieser Mehrfachzugehörigkeiten. Ein grosses Ziel im Versuch, Rassismus zu dekonstruieren muss es daher sein, so viele dieser Perspektiven wie möglich sichtbar zu machen. Neben den Perspektiven von MigrantInnen, schwarzen Menschen und People of Color gibt es auch unzählige viele andere Erfahrungen und Sichtweisen, die im Mainstream unterrepräsentiert sind oder gar nicht vorkommen (z.B. Menschen mit Behinderungen, LGBTQI* und viele mehr).
Anders als vor zwanzig Jahren, als es in der Schweiz praktisch unmöglich war, Rassismus als Problem der gegenwärtigen Gesellschaft zu begreifen und auch so zu bezeichnen, lassen sich heute zumindest in Teilen der Öffentlichkeit, der Medien und der Politik entsprechende Problematisierungen vermitteln. In der Stadt Bern verdanken wir dies nicht zuletzt der Aktionswoche gegen Rassismus, die 2011 von der Stadt lanciert wurde, um für die Problematik von Diskriminierung und Rassismus zu sensibilisieren. Trotzdem finden innerhalb der Behörden immer noch kaum Auseinandersetzungen darüber statt, ob institutionelle Kulturen und Praxen, Leitideen, Führungsentscheide und Kommunikationsformen den Bedürfnissen der nicht-weissen Bevölkerung diskriminierungsfrei Rechnung tragen.
Gemäss eigenen Angaben versteht die Stadt Bern die Bekämpfung von Rassismus und den Diskriminierungsschutz als wichtigen Teil ihrer Integrationspolitik. In der Aktionswoche gegen Rassismus hat sich gezeigt, dass das Zusammenspiel zwischen Verwaltung und Organisationen der Zivilgesellschaft sehr produktiv ist. So findet die Aktionswoche jeweils im März statt und besteht aus einer Kampagne im öffentlichen Raum und einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm in Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft. Mit der zehnten Ausgabe im Jahr 2020 besteht die Chance, den Wirkungsbereich dieses Aktionsprogramms auszuweiten. Verschiedene Aktivitäten

über das ganze Jahr verteilt würden es erlauben, den Handlungsbedarf auf verschiedenen Ebenen auszuloten – im öffentlichen Raum, wie auch in der Verwaltung und anderen Institutionen. Zum Beispiel würden sich öffentliche Aktivitäten zu Rassismus an der Volksschule anbieten, welche sich sowieso mit migrationsbedingter Vielfalt und Mehrfachzugehörigkeit im Schulalltag auseinandersetzen muss.
Die SP/JUSO-Fraktion fordert vom Gemeinderat die Anerkennung eines relevanten Handlungsbedarfs gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen und verlangt eine Ausweitung der Aktionswoche gegen Rassismus:

1. Die zehnte Auflage der Aktionswoche gegen Rassismus soll zu ihrem Jubiläum im Jahr 2020 als ganzjähriges Aktionsprogramm durchgeführt werden. Ziel ist es, Rassismus als gesamtgesellschaftliches Problem in verschiedenen Kontexten zu thematisieren. Das Aktionsjahr soll trotz Ausweitung in andere Bereiche ihren bisherigen partizipativen Charakter erhalten und bei der Planung und Durchführung weiterhin mit Organisationen aus der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten. Entsprechende zusätzliche Mittel dafür sind bereit zu stellen.
2. Das Aktionsjahr soll durch eine grössere ganzjährige Kampagne verstärkte Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum schaffen. Entsprechende zusätzliche Mittel dafür sind bereit zu stellen.
3. Für die künftige Ausgestaltung von Aktionsprogrammen gegen Rassismus sollen die Erfahrungen des Aktionsjahres evaluiert und eventuell eine Ausweitung der Aktionswoche konzipiert werden.
4. Für eine mögliche Neuausrichtung der Aktionswoche sollen vertiefte thematische Auseinandersetzungen geprüft werden. Dies könnte beispielsweise im Rahmen einer sich über einen längeren Zeitraum hinziehenden Veranstaltungsreihe stattfinden, in Zusammenarbeit mit anderen AkteurInnen.

Bern, 14. Juni 2018

Erstunterzeichnende: Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães
Mitunterzeichnende: Johannes Wartenweiler, Lisa Witzig, Peter Marbet, Nadja Kehrli-Feldmann, Katharina Altas, Yasemin Cevik, Edith Siegenthaler, Barbara Nyffeler, Nora Krummen, Michael Sutter, Lena Sorg, Timur Akçasayar, Martin Krebs, Bettina Stüssi, Tabea Rai, Christa Ammann, Luzius Theiler, Ingrid Kissling-Näf

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die in der Motion formulierten Anliegen grundsätzlich und versteht die Bekämpfung von Rassismus und den Diskriminierungsschutz als wichtigen Teil der städtischen Politik. Deshalb arbeitet die Stadt Bern seit 2009 mit Schwerpunkteplänen zum Thema, um langfristig eine Diversitäts- und Antidiskriminierungsperspektive in der Stadtverwaltung und in der Bevölkerung zu verankern. Im Schwerpunkteplan Migration und Rassismus 2022 – 2025 hat die Stadt Bern sich dazu verpflichtet, ihr Engagement gegen Rassismus zu stärken, und verfolgt dieses Ziel anhand verschiedener Massnahmen. Darunter fällt auch die Aktionswoche gegen Rassismus, welche seit 2011 jährlich in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen veranstaltet wird.

Die Aktionswoche gegen Rassismus ist fester Bestandteil der Jahresagenda der Stadt Bern und besteht aus zwei Elementen: Aus einer Kampagne im öffentlichen Raum und einem Veranstaltungsprogramm unter Mitwirkung von Organisationen der Zivilgesellschaft. Sie findet jeweils während einer Woche um den 21. März statt, dem Internationalen Tag gegen Rassismus. Mit der Aktionswoche verfolgt die Stadt Bern das Ziel, die Teilhabe der gesamten Bevölkerung an der gesellschaftlichen Diskussion zu Rassismus zu fördern und Sichtbarkeit für das Thema zu schaffen sowie Personen mit Rassismuserfahrungen eine Plattform zu geben. Dieses Ziel erachtet der Gemeinderat als notwendig und sinnvoll.

Mit den Punkten 3 und 4 der Motion wird verlangt, die Aktionswoche gegen Rassismus auszuweiten und ihre mögliche Neuausrichtung zu prüfen.

Entwicklungen seit 2018

Seit Einreichung der Motion hat sich in der breiten Bevölkerung sowie auch in verschiedenen Institutionen einiges im Bereich Rassismussensibilität getan. Diese erhöhte Achtsamkeit ist zivilgesellschaftlichen Bewegungen zu verdanken (u.a. der erhöhten Prominenz der Black Lives Matter Bewegung im Sommer 2020, der aktuellen Debatte um Antisemitismus und anti-muslimischen Rassismus im Zuge des Nahostkonflikts oder der Diskussion um die Ungleichbehandlung und um Rassismus im Asylsystem – etwa die unterschiedliche Behandlung je nach Herkunft oder auch Rassismus gegenüber Roma, die aus der Ukraine flüchten) sowie wichtigen Publikationen zu Rassismus in der Schweiz[1][2] (u.a. im Schulbereich[3][4]), die in den letzten Jahren veröffentlicht wurden, und dem grossen Engagement von Privatpersonen, Organisationen und Institutionen. Das hat im Bereich der Rassismusbekämpfung und dem Diskriminierungsschutz viele Zugänge erschlossen, auf die es mit diversen Massnahmen aufzubauen gilt.

So hat sich auch das Verständnis in der breiten Bevölkerung wie auch innerhalb der Stadtverwaltung entwickelt. Rassismus wird nicht mehr rein als integrationspolitisches Thema betrachtet. Dies spiegelt sich z.B. auch im neuen Namen der Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen (FMR) wider (ehemalig Kompetenzzentrum Integration, davor Koordinationsstelle Integration).

Diese Neuerung verdeutlicht, dass Rassismus nicht nur im Bereich Integration ein Thema ist, sondern dass es sich um ein eigenständiges gesamtgesellschaftliches Problem handelt. Rassismusbekämpfung und Diskriminierungsschutz gewinnen so an Wichtigkeit und Sichtbarkeit. Gleichzeitig stützt es die Arbeit in der Prävention und Intervention bei Diskriminierung, die rassifizierte Schweizer*innen mit und ohne persönliche Migrationserfahrung erleben (u.a. in den Bereichen von Antisemitismus[5], Gadjé-Rassismus[6] und Racial Profiling[7] von grosser Bedeutung), spiegelt die Haltung der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (ECCAR), in der die Stadt Bern seit 2009 Mitglied ist und erhöht den Wirkungsbereich des Schwerpunkteplans Migration und Rassismus.

---

[1]FRB **–** Fachstelle für Rassismusbekämpfung. 2022. *Grundlagenstudie zu strukturellem Rassismus in der Schweiz*. In: SFM Studies 81d. ISBN 2-940379-85-8.

[2]DOS SANTOS PINTO, Jovita et al. 2022. *Un/Doing Race – Rassifizierung in der Schweiz.* Zürich: Seismo Verlag. DOI: https://doi.org/10.33058/seismo.20745

[3]ARBEITSGRUPPE JENISCHE-SINTI-ROMA, MATHIS, Christian et.al. 2023. *Jenische – Sinti – Roma. Zu wenig bekannte Minderheiten in der Schweiz. Ein rassismuskritisches Lehrmittel*. Zürich: Münster Verlag. ISBN 978-907301-54-8

[4]EL-MAAWI, Rahel et al. 2023. *No to Racism – Grundlagen für eine rassismuskritische Schulkultur*. Bern: hep Verlag. ISBN: 978-3-0355-2164-1

[5] bzw. Judenfeindlichkeit, ist die Abwertung, Ablehnung oder Diskriminierung von Menschen, die sich als Jüd*innen bezeichnen oder als solche wahrgenommen werden.

[6] bzw. Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze, ist die Abwertung, Ablehnung oder Diskriminierung von Menschen, die sich als Rom*nja und Sinti*zze bezeichnen oder als solche wahrgenommen werden. Gadjé-Rassismus ist als Synonym von Antiziganismus im deutschsprachigen Raum verbreitet und betont, dass Rassismus gegen Rom*nja und Sinti*zze von Gadjé (Bezeichnung für Nicht-Rom*nja auf Romanes) ausgeht und vermeidet die Reproduktion einer rassistischen Fremdbezeichnung (Z-Wort).

[7]bzw. rassistisches Profiling, ist eine Praxis, bei der die Polizei Personen aufgrund von äusseren Merkmalen wie Hautfarbe oder vermuteter Religionszugehörigkeit einer bestimmten Personengruppe zuordnet und pauschal als verdächtig behandelt.

Das Engagement der Stadt gegen Rassismus wurde 2022 durch folgende neue Massnahmen gestärkt, welche im Schwerpunkteplan Migration und Rassismus festgehalten wurden: Sensibilisierung der Schulsozialarbeit zum Thema Rassismus, der Aufbau eines städtischen Netzwerkes für die Weiterbildung von Lehrpersonen zum Thema rassismussensibler Lehre, die Anerkennung von Racial Profiling als gesellschaftliches Problem und dem Dialog dazu oder auch die Stärkung der Ombudsstelle als Ansprechstelle für Rassismus- und Diskriminierungsfälle innerhalb und im Kontakt mit der Stadtverwaltung.

Die Aktionswoche ist nach wie vor ein grundlegender Teil der städtischen Sensibilisierungsarbeit im Bereich Rassismusbekämpfung und Diskriminierungsschutz. So wurde nach dem 10. Jubiläum der Aktionswoche das Konzept der thematischen Serie eingeführt. Dabei wird über mehrere Jahre hinweg ein Oberthema behandelt. Das hat den Vorteil, dass über mehrere Jahre dasselbe Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet wird und es den Mitwirkenden und Besuchenden Zeit gibt, sich Jahr für Jahr mit einem spezifischen Aspekt von Rassismus auseinanderzusetzen. So wird eine höhere Sensibilisierung geschaffen und die Kampagnen werden durch einen mehrjährigen Slogan und Auftritt einprägsamer.

Die 11. bis 13. Aktionswochen gegen Rassismus standen unter dem Oberthema «struktureller Rassismus». Die Kampagne wurde unter dem gemeinsamen Slogan «Rassismus schliesst Türen – öffnen wir sie» und in einer einheitlichen Bildsprache geführt.

Die Aktionswochen der Jahre 2024 – 2026 stehen unter dem Oberthema «Rassismus in verschiedenen Lebensbereichen». Der Slogan der Kampagnen lautet: «Ich sehe was, was du nicht siehst. Rassismus – schauen wir gemeinsam hin». Ziel ist es, über diese drei Jahre aufzuzeigen, wie sich Rassismus in verschiedenen Lebensbereichen zeigt und welche spezifischen Massnahmen benötigt werden, da auch Rassismus facettenreich ist und es keine Einheitslösung für die Prävention und Bekämpfung von Rassismus gibt. Entsprechend braucht es bereichsspezifische Massnahmen. Die Aktionswoche 2024 war dem Bereich Schule und Bildung gewidmet. Für die Aktionswoche 2025 wird der Fokus auf das Thema Rassismus in Medien und Internet gelegt. Das Thema für die Aktionswoche 2026 wird im Herbst 2025 festgelegt. So werden jeweils neue Zugänge zum Thema erarbeitet.

Die Aktionswoche gegen Rassismus ist aber nicht die einzige Massnahme der Stadt Bern. Der Gemeinderat erachtet es als wichtig und zielfördernd, die städtische Arbeit im Bereich Rassismusbekämpfung und Diskriminierungsschutz auch weiterhin vielfältig und breit abzustützen.

Zu Punkt 3:
Obschon sich der Gemeinderat in seiner Antwort vom 5. Dezember 2018 für ein 10. Jubiläum der Aktionswoche gegen Rassismus der Stadt im grösseren Rahmen ausgesprochen hatte, musste das Veranstaltungsprogramm der Aktionswoche aufgrund der Pandemie abgesagt werden. Die Aktionswoche war aber auch im Jahr 2020 breit in der Öffentlichkeit präsent. Dies wurde durch die Sensibilisierungskampagne «Jetzt gegen Rassismus» ermöglicht, die sowohl analog (Plakatkampagne, Skulptur auf dem Bahnhofplatz, Masken als Werbegeschenke etc.) als auch digital (Beiträge auf Webseite und partizipative Kampagne auf den sozialen Medien) durchgeführt wurde. Die Erfahrungen aus dem Jubiläumsjahr lieferten entsprechend aber keine Grundlage für eine Ausdehnung der Veranstaltungen der Aktionswoche gegen Rassismus.

Aus den letzten vier Aktionswochen seit 2019 lassen sich jedoch folgende Erkenntnisse zusammenfassen:

- Die Aktionswoche gegen Rassismus ist fester Bestandteil der Jahresagenda der Stadt Bern. Sie strahlt in die Nachbarschaftsgemeinden Ittigen, Köniz, Muri und Ostermundigen aus und wird nicht nur lokal, sondern auch schweizweit wahrgenommen.

- Die Konzentration der Aktionswoche auf einen spezifischen Zeitpunkt im Jahr ermöglicht die Organisation von grösseren Aktionen, die auf verschiedenen Ebenen durchgeführt werden können (im ÖV, in den sozialen Medien, im öffentlichen Raum, innerhalb von Organisationen und Institutionen).
- Die öffentliche Aufmerksamkeit von Medien und Zivilbevölkerung und entsprechend die Strahlkraft der Kampagne Aktionswoche ist stark an ihre Konzentration auf einen spezifischen Zeitraum im Jahr gekoppelt.
- Die Aktionswoche vom Internationalen Tag gegen Rassismus (21. März) zu entkoppeln, würde der Aktionswoche (national und international) ihren symbolischen Wert nehmen. Die Berner Praxis deckt sich mit anderen Mitgliedstädten der Europäischen Koalition gegen Rassismus (ECCAR), der die Stadt Bern seit 2009 angehört. In einigen Städten erstreckt sich der Zeitraum auf zwei Wochen. Ganzjährige Aktionswochen kennt aber keine Stadt.
- Die enge Kooperation, die die Stadt Bern mit den fast 40 Partnerorganisationen der Aktionswoche pflegt, könnte in dieser Intensität nicht über das ganze Jahr aufrechterhalten werden.
- Die Stadt möchte den zahlreichen Organisationen, welche unterjährige Veranstaltungen zum Thema durchführen, mit eigenen Veranstaltungsreihen keine Konkurrenz machen. Für viele ist die Teilnahme an der Aktionswoche eine wichtige Plattform für die Arbeit, die sie oft freiwillig leisten.

Der Gemeinderat möchte aus diesen Gründen auf eine Ausdehnung der Aktionswoche verzichten.

Zu Punkt 4:
Der Gemeinderat teilt die Einschätzung, dass Rassismusbekämpfung und Diskriminierungsschutz nicht nur «einmal im Jahr» Thema sein sollten. Es handelt sich hier um ein langfristiges Engagement der Stadt, welches auf verschiedenen Ebenen sichtbar sein muss.

Die Aktionswoche, bestehend aus einer Kampagne und einem Veranstaltungsprogramm, ist nur eine von mehreren Massnahmen der Stadt im Bereich Rassismusbekämpfung und Diskriminierungsschutz. Die Stadt setzt bereits verschiedene Initiativen um, die unterschiedlichen Zielgruppen eine vielfältige Auseinandersetzung mit der Thematik ermöglichen:

- Die FMR führt gemeinsam mit dem Schulamt das Netzwerk rassismuskritische Schule. Dieses ermöglicht Lehrpersonen mehrmals jährlich Austausch und Weiterbildung zum Thema Rassismus und Schule. Dabei werden Grundlagen der rassismuskritischen Arbeit vermittelt und in unterschiedlichen Formaten spezifische Themen wie Elternarbeit, Kulturalisierungen oder die Ausbildung von Lehrpersonen diskutiert.
- Die Schulsozialarbeit setzt sich seit 2022 mit dem Thema Rassismus auseinander und hat in den letzten zwei Jahren zwei Weiterbildungen zu den Grundlagen von rassismussensibler Schulsozialarbeit durchgeführt. Im ersten Termin wurden Auftrag, Positionierung, Begriffe und Handlungsfelder in der Schulsozialarbeit gemeinsam behandelt und bearbeitet. Anschliessend folgte eine Weiterbildung zur Praxis von rassismussensibler Schulsozialarbeit, begleitet von einer inhaltlichen Vertiefung zum Thema. Bis 2025 ist die Bildung einer Arbeitsgruppe innerhalb der Schulsozialarbeit der Stadt Bern geplant, die das Thema weiterverfolgt und entsprechende Dokumente erarbeitet.
- Die FMR bietet über das ganze Jahr Fach- und Projektberatungen für Fachpersonen, Organisationen und die Stadtverwaltung an. Sie leitet Anfragen an die zuständigen Stellen weiter und vermittelt Kontakte zu Expert*innen im Themenbereich.
- Die FMR koordiniert neu seit Juni 2024 die «Fokusgruppe Rassismus und Diskriminierung». Ziel dieser Fokusgruppe ist es, die zentralen Anliegen der Stadt im Zusammenhang mit Rassismus und Diskriminierung gemeinsam mit den Meldestellen, Organisationen der Zivilgesellschaft und der Stadtverwaltung zu besprechen und aktuelle Entwicklungen zu analysieren.

- Die Stadt hat die Zusammenarbeit mit den Meldestellen intensiviert und Vereinbarungen mit der Föderation islamischer Dachorganisationen Schweiz (FIDS) und dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund (SIG) abgeschlossen. Die Vereinbarungen verankern eine systematische Zusammenarbeit, um die Lage in der Stadt Bern im Hinblick auf antimuslimischen Rassismus und Islamfeindlichkeit und Antisemitismus präzise einschätzen zu können. Beide Organisationen werden die Stadt Bern regelmässig über die gemeldeten Antisemitismus-Vorfälle und muslimfeindlichen Vorfälle in Bern informieren. Diese institutionalisierte Zusammenarbeit mit dem SIG und der FIDS ergänzt die städtische Politik im Bereich Rassismusbekämpfung und Diversität.
- Die FMR hat Mitte Mai 2024 die Veranstaltung «Unteilbar: Einstehen für Dialog» durchgeführt und zum Dialog eingeladen. Mit Expert*innen des Zürcher Instituts für Interreligiösen Dialog ZIID hat ein Gespräch stattgefunden. Das ZIID vermittelt Kompetenzen zum Dialog in einer religiös und weltanschaulich pluralen Gesellschaft und berät öffentliche Institutionen und Verwaltungsstellen im Umgang mit Vielfalt. Dazu gehört auch rassismus- und antisemitismussensible Arbeit.
- Im Rahmen des Schwerpunkteplans steht die FMR in regelmässigem Austausch mit Abteilungen der Stadtverwaltung.
- Die FMR ist als koordinierende Stelle der Aktionswoche mit Akteur*innen der Zivilgesellschaft vernetzt und steht in regelmässigem Dialog mit ihnen. Sie hat Massnahmen und Prozesse etabliert, um die Forderungen und Themen, die an Veranstaltungen der Aktionswoche eingebracht werden, aufzugreifen und ggf. an adäquate Stellen weiterzuleiten oder selbst anzugehen. Die Organisator*innen können im Anschluss an die Aktionswoche ihr Feedback an die FMR übermitteln. Bei Bedarf finden auch Gespräche statt.
- 2024 hat der Gemeinderat das Merkblatt «Rassistische Diskriminierung am Arbeitsplatz» verabschiedet. Das Merkblatt informiert und unterstützt Mitarbeitende zum Thema Rassismus im Arbeitsalltag. Es beantwortet zentrale Fragen wie das Erleben von Rassismus, das Miterleben rassistischer Vorfälle, eigenes rassistisches Verhalten sowie Pflichten und Handlungsmöglichkeiten bei Rassismus am Arbeitsplatz. Das Merkblatt bietet konkrete Anweisungen und verweist auf wichtige Beratungs- und Fachstellen.
- Weitere Massnahmen werden im nächsten Schwerpunkteplan Migration und Rassismus 2026-2029 im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten ergriffen. Über deren Inhalt und Stossrichtung kann zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage gemacht werden. Sie werden gemeinsam mit Vertreter*innen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Fachpersonen erarbeitet und festgelegt.

Die Stadt hat ihr Engagement im Bereich der Rassismusbekämpfung in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Hintergrund ist die Überzeugung und Erfahrung, dass die Förderung der Teilhabe der Migrationsbevölkerung (Kernauftrag der FMR) nicht ohne die Rassismusbekämpfung funktioniert. Die Arbeit der FMR finanziert sich durch städtische und kantonale Mittel aus der Integrationsförderung. Seitens des Kantons werden diese Mittel anhand des Anteils der ausländischen Personen bemessen, während sie seitens der Stadt an der Bevölkerung mit Migrationsstatus ausgerichtet sind. Die Angebote und Massnahmen zur Rassismusbekämpfung richten sich jedoch weitgehend an die gesamte Bevölkerung. Die Massnahmen im Bereich des Diskriminierungsschutzes werden nicht durch kantonale Mittel finanziert, sondern ausschliesslich durch städtische Gelder oder Fördermittel des Bundes. Diskriminierungsschutz ist eine Bundesaufgabe, für die der Kanton in der Umsetzung verantwortlich ist. Bisher unterstützt der Kanton wenig Projekte oder Gemeinden im Bereich Rassismusbekämpfung. Lediglich gggfon (Informations- und Beratungsangebot «Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus») erhält einen Beitrag für die Meldestelle. Die Stadt engagiert sich somit bereits heute im Rahmen ihres finanziell möglichen Spielraums in der Rassismusbekämpfung. Eine Ausweitung ist aufgrund der aktuellen finanziellen Lage und der personellen Ressourcen bei der FMR zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Folgen für das Personal und die Finanzen
Die Kosten für die Aktionswoche und die aktuell laufenden Massnahmen sind im Globalbudget von FMR enthalten. Die Einführung neuer Massnahmen wird punktuell geprüft, geht aber auf Kosten von bisherigen Massnahmen. Um die verfügbaren Ressourcen effizient zu nutzen, werden die Prioritäten periodisch neu bewertet werden. Der finanzielle Spielraum für die Umsetzung zusätzlicher Vorhaben innerhalb des Globalbudgets fehlt.

Bern, 20. November 2024

Der Gemeinderat